

Menschenhandel und Ausbeutung in der Schweiz

Interview mit Frau Marianne Streiff-Feller Nationalrätin und Parteipräsidentin der EVP Schweiz

Biagio Marcone, 25 Juni 2020

Wir befinden uns im Gebäude der italienischsprachigen katholischen Kirche in Bern, die Missione Cattolica di Lingua Italiana di Berna. Die Kirche wird von Religiösen geführt, die der Kongregation Scalabrini angehören, dessen Gründer sich zu Lebzeiten der Unterstützung von Migranten und dem Kampf gegen Ausbeutung von Menschen gewidmet hatte. Vor ungefähr 5 Jahren hat unser Direktor, Padre Antonio Grasso, eine Gruppe bestehend aus Freiwilligen aus der Gemeinschaft gegründet, die sich mit der Thematik der Flüchtlinge und Ausbeutung von Menschen befassen. Mit diesem Projekt möchten wir unsere Gemeinschaft über die Probleme des Menschenhandels sensibilisieren. Zu diesem Anlass darf ich heute hier bei uns Frau Nationalrätin Marianne Streiff-Feller begrüßen.

Guten Tag Frau Streiff, vielen Dank, dass Sie unsere Einladung angenommen haben.

Frau Streiff, Sie sind Nationalrätin und Präsidentin der EVP, der Evangelischen Volkspartei der Schweiz. Sie sind politisch sehr aktiv, vor allem ausgerichtet auf soziale Themen. Das erkennt man nicht nur an der Liste Ihrer Vorstösse im Parlament, sondern auch an Ihren Verpflichtungen in verschiedenen politischen Ämtern und Organisationen.

Zum Thema Menschenhandel durften wir bereits verschiedene Persönlichkeiten befragen.

- *Herr Corrado Pardini von der Gewerkschaft Unia hat uns die Lage der Arbeiter geschildert,*
- *Herr Alexander Ott, Vorsteher der Fremdenpolizei Bern, ist vertieft auf die Opfer der Prostitution eingegangen,*
- *Frau Johanna Probst, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Neuenburg SFM (Schweizerisches Forum für Migration) hat uns auf die Verknüpfung von Menschenhandel und Migration aufmerksam gemacht*
- *Vor zwei Wochen haben wir ein live Interview durchgeführt mit dem Priester Don Aldo Buonaiuto, der sich aktiv und direkt vor Ort in Italien für Prostituierte einsetzt.*

All diese Personen betonten den einen gemeinsamen Punkt, Ihr Handeln bei der Unterstützung von Menschen ist daran gebunden, was das Gesetz vorschreibt und die Exekutive im Land ist von Ressourcen abhängig, die vom Parlament gesprochen werden.

Sie, Frau Streiff, sind im Nationalrat vertreten. Ein grosser Teil Ihrer Vorstösse im Parlament ist gerichtet an die Gesetzgebung und Bereitstellung von Ressourcen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung von Personen. Wir sind Ihnen dankbar für diese Arbeit und hoffen für uns alle und für die Opfer der Unterdrückung, dass Sie damit Erfolg haben werden.

Biagio Marcone: *Gerne würde ich das Interview mit einem Ihrer Vorstösse im Parlament aus dem Jahr 2013 beginnen. Damals haben Sie das Postulat «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung» eingereicht. Was hat Sie dazu bewogen?*

Marianne Streiff: Meine ganze politische Tätigkeit basiert auf den Säulen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenwürde. Gerade Gerechtigkeit und Menschenwürde werden im Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung aufs massivste mit den Füßen getreten. Ich befasse mich seit über 10 Jahren mit diesem Thema und habe direkt mit betroffenen Frauen gesprochen.

Es ist schrecklich, wenn man sich vorstellt, dass die soziale Not von jungen Mädchen und Frauen ausgenutzt wird, indem sie mit dem Versprechen angelockt werden, dass sie dann ihrer Familie helfen und den Eltern oder Kindern zu Hause Geld schicken können. Sie werden richtiggehend gehandelt, z.T. entführt und eingesperrt, hierhergeführt, die Ausweise werden ihnen genommen. Sie haben keine Chance aus dieser Situation rauszukommen. Die Zuhälter verlangen, dass die Frauen die Kosten für die Reise und den laufenden Aufenthalt in der Fremde abarbeiten müssen. Wenn man sich diese Schicksale so vor Augen hält, kann man nicht mehr einfach schweigen. Deswegen habe ich mich intensiver mit diesem Thema auseinandergesetzt.

Schweden hat schon lange die Freierbestrafung eingeführt. Ich wollte, dass der Bundesrat prüft, ob dies ein Weg ist, dem Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung Einhalt zu bieten. Es ist klar, auch hier hängt das Angebot mit der Nachfrage zusammen. Wenn es also so selbstverständlich ist, dass Frauen einfach zur Verfügung stehen, dann wird auch die Nachfrage grösser – es wird und wirkt alles so normal. Wenn man es schafft, die Nachfrage zu reduzieren, dann wird sich auch das Angebot verkleinern. Das Ganze wäre für die Menschenhändler nicht mehr lukrativ.

Ich bin daran interessiert, einen Weg zu finden, den man praktisch umsetzen kann, um diesem unwürdigen Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung Einhalt zu bieten.

Vertiefte Untersuchungen haben gezeigt, dass in Ländern, die versucht haben, die Prostitution durch eine Gleichstellung mit «normaler» Arbeit zu regeln, der Markt sich vergrössert und somit für Menschenhändler lukrativer geworden ist.

Man muss also schauen, dass sich für die Menschenhändler dieser Markt nicht lohnt und das Risiko bestraft zu werden erhöht wird.

Marcone: *Prostitution ist in der Schweiz legal, sofern diese freiwillig ausgeübt wird. Ermöglicht die hiesige liberale Haltung eine wirksame Bekämpfung des damit verbundenen Phänomens des Menschenhandels?
Was halten Sie von den in anderen Ländern ausgehängten Verboten?*

Streiff: Wissen Sie, wenn man mit den betroffenen Frauen darüber spricht «Freiwillig Prostitution auszuüben» gibt es das so nicht. Es ist vielleicht eine verschwindend kleine Zahl von Frauen, die sagen würden, dass sie das freiwillig machen.
Die meisten Frauen prostituieren sich aus einer Notlage heraus. Entweder kamen sie «irrtümlicherweise» in dieses Milieu, weil sie von anderen Voraussetzungen ausgingen oder sie wurden durch Menschenhandel reingezogen. Oder sie machen es aus einer sozialen Not heraus, weil sie Prostitution als einzige Möglichkeit sehen, zu Geld zu kommen. Es gibt Frauen aus armen Ländern, die für einige Monate in die Schweiz kommen und sich prostituieren, um dann wieder für einige Monate mit dem Verdienst zu ihren Familien zurückzureisen.
All das gilt für mich nicht als freiwillig.

In Ländern wie Schweden, Frankreich, etc. – es sind ja eigentlich immer mehr Länder, die die Freier bestrafen – ist im Prinzip nicht die Prostitution an sich verboten, sondern der Kauf von Sex von Frauen oder Männern.

In anderen Ländern hingegen, wo die Prostitution verboten ist, weist man gerne auf die Dunkelziffern, die aufzeigen, dass sich der Handel ins Darknet oder in den Untergrund verschiebt und dort weitergeht. Ich verstehe nicht, wie es sein kann, dass die Freier im Darknet oder im Untergrund den Markt finden, aber die Polizei sie nicht auch finden sollte. Warum sollte man diesen Tatort nicht auch kontrollieren können?

Gewisse Fachstellen raten davon ab, die Freierbestrafung einzuführen, eben gerade, weil sich dann das Ganze in den Untergrund verschieben würde und es für die Frauen, die in diesem Gewerbe tätig sein müssen, noch brutaler werden könnte.

Doch ich selbst komme langsam zum Schluss, dass es wahrscheinlich trotzdem der bessere Weg ist, wenn man Prostitution bei uns auch in diesem Sinne klar definiert und regelt.

Das Beispiel Schweden macht es vor. Dort hat sich die Diskussion über Prostitution und Freierbestrafung so entwickelt, dass jedem klar ist, dass der Kauf von Sex nicht toleriert wird: Menschen sind keine Ware. Frauen sind keine Ware, die man kaufen und ausbeuten kann. Es entsteht ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft und das wünsche ich mir auch bei uns in der Schweiz. Diese Frauen müssen einer Tätigkeit nachgehen, die sie im innersten verletzt. Meistens tragen sie einen seelischen Schaden davon und das ist nicht menschenwürdig.

Man mag von diesen Frauen sagen, dass sie sich freiwillig prostituieren. In dieser Hinsicht wird aber zu viel schön geredet. Ich habe noch keine einzige Frau kennengelernt, die die Frage ob sie sich diese Tätigkeit für ihre Tochter wünscht, bejahen würde.

Marccone: *Interessant an diesem Schwedenmodell, bei dem der Freier bestraft wird, ist auch, dass sich die Diskussion vom Opfer (der Prostituierten) weg zum Täter (dem Freier) verschiebt. Der Täter kriegt das Scheinwerferlicht und die gesellschaftliche Last zu spüren.*

Wenn ich Sie richtig verstehe, dann würden Sie gerne das Schwedenmodell auch bei uns in der Schweiz eingeführt sehen?

Streiff: Ja, ich komme langsam zu diesem Schluss.

Als ich das Postulat startete war ich mir gar nicht sicher darüber. Ich hatte viele offene Fragen in Bezug auf dieses Modell und ob es gegen Menschenhandel wirksam ist. Darauf konnte mir allerdings auch der Bericht des Bundesrates keine Antworten geben, obschon er recht dick war.

Mittlerweile gibt es aber nützliche Erkenntnisse aus anderen Ländern, die dieses Modell eingeführt haben. Auch der Europarat empfiehlt nun die Freierbestrafung. Trotz aller Vorbehalte und Unsicherheiten darüber, ob es auch bei uns funktionieren würde, sehe ich im Moment keine bessere Lösung, um das Problem anzugehen.

Marccone: *Gemäss Bericht des Bundesrates, in Erfüllung Ihres Postulates, beruhen die Massnahmen der Schweiz gegen das Phänomen des Menschenhandels auf den vier Säulen: Prävention, Strafverfolgung, Opferschutz und Partnerschaft.*

Bei welchen dieser Pfeiler ist die Schweiz erfolgreich unterwegs und wo besteht Verbesserungspotential?

Streiff: Das muss jetzt erst noch evaluiert werden. Da erwarte ich erste Resultate in einem Bericht der Expertengruppe.

Der zweite GRETA-Bericht (ExpertInnengruppe des Europarats für die Bekämpfung des Menschenhandels, GRETA) der auch zur Umsetzung der Europaratskonvention gegen Menschenhandel in der Schweiz vorschlägt, ist auch auf diesen vier Säulen aufgebaut.

Nebst dem Bericht mit den Evaluationen und Resultaten, die noch nicht zur Verfügung stehen, gibt es flankierende Massnahmen, die trotzdem weitergeführt werden können und müssen:

- Die Schulung und Sensibilisierung über diese Thematik, ausgehend von der Polizei in den Kantonen und von der Gesellschaft sind enorm wichtig und dienen der Prävention.
- Die Strafverfolgungen deckt bereits vermehrte Fälle auf, doch das Strafmass ist noch immer sehr gering. Menschenhandel ist in der Schweiz leider immer noch ein Low-Risk Geschäft. Da haben wir dringend Handlungsbedarf.
- Der Opferschutz ist eigentlich gegeben während der Zeit der Befragung durch die Polizei und sich die Betroffenen in deren Obhut befinden. Allerdings gibt es immer noch keine Lösungen, mit denen diesen Frauen längerfristig Schutz garantiert werden kann.

Es gibt noch viel zu verbessern und man muss dranbleiben, damit das Problem nicht vergessen geht.

Die Bekämpfung des Phänomens durch die Polizeiarbeit liegt bei den Kantonen, wobei die jeweilige Kapazität unter den Kantonen ziemlich unterschiedlich ist. Da muss geschaut werden, dass diesen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dazu habe ich auch einen Vorstoss im Parlament gemacht, aber der Bundesrat hat stets erwidert, dass den Kantonen genügend Ressourcen zu diesem Zweck bereitgestellt worden seien und die Zusammenarbeit mit den runden Tischen zwischen Kantonen und Bund gut funktioniere.

In Wirklichkeit gibt es jedoch Kantone, welche mit der Umsetzung mehr Mühe haben und Unterstützung brauchen. Da ist die Gefahr, dass die Bekämpfung des Phänomens unter den Regionen nicht gleich gut vorankommt und dies von Menschenhändlern bewusst ausgenützt wird.

Marcone: *Die Hauptaufgabe bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung liegt, wie Sie sagen, bei den Kantonen. Menschenhandel ist jedoch ein nationales Problem.*

Sollte die Verantwortung für solche Probleme nicht beim Bund liegen?

Falls ja, was braucht es, um dies zu ändern?

Streiff: Die Verantwortung wird nie zum Bund gehen. In unserem föderalistischen System liegt die Pflicht bei den Kantonen. Das ist auch in anderen Gebieten so, zum Beispiel im Asylwesen. Was es aber braucht und man unbedingt auf die Beine stellen sollte, ist eine grössere Unterstützung durch den Bund, die über diese runden Tische hinaus geht.

Das ist für mich ein wichtiges Thema.

Die finanzielle Unterstützung ist halt immer ein Thema, das heiss diskutiert wird, um die Ressourcen dann zweckgemäss zuzusprechen.

Die Gesetze aber so ändern zu können, dass die Verantwortung dem Bund zugeschrieben würde und die Hoheit der Kantone verloren ginge, erachte ich nicht als wahrscheinlich. Der Föderalismus ist heilig in der Schweiz, das wird nicht so schnell geändert.

Marcone: *Sie haben die Motion «Ressourcen für einen effektiven Kampf gegen den Menschenhandel» eingereicht und verlangen darin mehr Ressourcen für die Kantone zur Bekämpfung dieses Phänomens. Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament Ihren Antrag nicht anzunehmen, weil der Bund bereits genügend Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel zur*

Verfügung stellt.

*Wie erklären Sie sich diese Haltung des Bundesrates und wie gehen Sie mit dieser Entscheidung um?
Wie werden Sie versuchen das Parlament für Ihr Anliegen zu gewinnen?*

Streiff: In der Politik heisst es «Nicht nachlassen, dann gewinnt man am Schluss». Es ist für mich schon nachvollziehbar, dass der Bund nicht überall und immer wieder gerne finanzielle Verpflichtungen übernehmen will. Doch der Druck muss entsprechend grösser werden, damit man der Notwendigkeit, dieses Phänomen besser anzugehen, die entsprechende Wichtigkeit zumisst.

Marcone: *Als Laie darf ich annehmen, dass finanzielle Ressourcen, die vom Parlament den Kantonen zugesprochen werden, dann auch zweckgebunden sind, oder?*

Streiff: Ja, wenn die Ressourcen der Bekämpfung von Menschenhandel zugesprochen werden, dann sind diese zweckgebunden und dürfen nicht anderweitig eingesetzt werden.

Marcone: *Auch weitere von Ihnen eingereichte Interpellationen wie «Der Bund finanziert Sexportale», oder «Zwangsprostitution im Asylwesen» haben nichts gefruchtet. Der Bund sieht keinen Bedarf zur Verbesserung/Veränderung der aktuellen Situation. Offensichtlich geben Sie beim Thema «Ausbeutung von Menschen» nicht auf.*

Was motiviert Sie, das Parlament ständig mit diesen Themen zu konfrontieren?

Streiff: Es ist schön, dass Sie nicht sagen, dass ich das Parlament damit belästige (lacht).

Ich würde nicht sagen, es hätte nichts gefruchtet. Beispielsweise hat der Bund den Vorstoss zur Finanzierung der Sexportale zwar anders beantwortet, aber schlussendlich wurde der Geldfluss gestoppt. Man erreicht also schon etwas in der Politik.

In Schweden hat man mit der Politik auch ein Umdenken in der Gesellschaft erreicht und so hoffe ich, dass solche Vorstösse zu einem Umdenken auch im Parlament führen können.

Wir haben seit letztem Dezember, seit der neuen Legislatur, auch eine neue parlamentarische Gruppe «Gegen Menschenhandel und Ausbeutung» zusammengestellt. Dieser Gruppe sind Leute aus fast allen Parteien zugestossen. Das sind alles Signale, bei denen man merkt, dass ein Umdenken stattfindet und das Thema an Wichtigkeit gewinnt.

Marcone: *In dieser Sommersession 2020 in Bern, haben Sie letzte Woche die Motion «Arbeitsausbeutung als Straftatbestand» eingereicht, die im Rat noch behandelt werden muss. Können Sie uns kurz schildern, warum aus Ihrer Sicht das Strafgesetzbuch um einen neuen Tatbestand der Arbeitsausbeutung ergänzt werden soll?*

Streiff: Arbeitsausbeutung, was ist das? Wir sprechen nicht nur von Dumping-Löhnen. Es geht um Ausbeutung der Menschen, die in einer persönlichen Notlage sind, um Geld zu machen oder Geld zu sparen.

Ein Beispiel dafür sind Pflegefrauen, die meistens aus dem Ostblock kommen und bei uns 7 Tage in der Woche, 24 Stunden am Tag bei ihren Kunden sein müssen und diese pflegen und betreuen, ohne Freizeit zu haben. Alles für eine zu kleine Entschädigung und ohne jegliche Sozialversicherungen. Das ist Arbeitsausbeutung.

Es gibt Organisationen, die diese Frauen vermitteln und mit diesem Geschäft reich werden. Den Kunden kann das alles harmlos vorkommen, man hilft ja diesen Frauen. Die Wahrheit ist aber,

dass man die Zwangslage dieser Frauen ausnützt.

Solche Situationen gibt es auch auf dem Bau, wenn Sub-Sub-Sub-Unternehmen Mitarbeiter aus ärmeren Ländern herholen und zu niedrigsten Löhnen weitervermitteln. Sie arbeiten bei uns unter vollem Druck und werden dann schnell wieder in ihr Heimatland zurückgeschickt. Für diese Arbeiter ist es zum Teil die einzige Möglichkeit Geld zu verdienen. Aber zu solchen Konditionen ist es Arbeitsausbeutung. Das darf nicht sein, das darf man nicht tolerieren.

Wir haben Menschenhandel und Ausbeutung in unserer Partei besprochen und auch einen Staatsanwalt zugezogen. Der hat uns bestätigt, dass eine Regelung im Strafgesetzbuch fehlt, um solche Fälle zu behandeln. Man kann z.B. nicht immer nachweisen, dass es um Menschenhandel geht oder Wucher betrieben wird, da sich diese Opfer manchmal «freiwillig» zur Verfügung stellen und die Situation zu akzeptieren scheinen. Der Straftatbestand der Ausbeutung fehlt, um solche Ausbeutungssituationen heute zu erfassen und die Täter anklagen zu können.

Auch von der Gruppe, die den GRETA-Bericht betreffend die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels durch die Schweiz erstellt hat, kam der Hinweis, dass dieser Straftatbestand in der Schweiz fehlt und die Empfehlung, ihn einzuführen.

Marccone: *Was sind von Ihnen aus gesehen die nächsten Massnahmen, die politisch und gesellschaftlich ergriffen werden sollten?*

Streiff: Alles, was wir tun können damit das Umdenken in der Gesellschaft ankommt, ist essenziell wichtig. Und, dass man überhaupt die Augen für die Problematik aufmacht.

Ein weiteres Thema, das wir gar nicht hier besprochen haben, sind die Loverboys. Es ist vielen gar nicht bewusst was da so abläuft. Junge, gutaussehende Männer, die Frauen zum Verlieben verführen und sie dann ausnützen und in die Prostitution stossen. Das geschieht nicht nur in anderen Ländern weit weg von uns. Das geschieht hier vor unseren Augen. Wir müssen uns darüber bewusst und für diese Thematik sensibel werden. Wir dürfen solches nicht mehr als Kavaliersdelikt ansehen.

Marccone: *Ausgebeutete Personen leben unter uns, werden jedoch meist nicht wahrgenommen. Könnte eine Sensibilisierungskampagne auf nationaler Ebene eine kostengünstige Massnahme im Kampf gegen Menschenhandel sein?*

Was könnten wir Normalbürger beitragen, um diesem Phänomen entgegenzuwirken?

Streiff: Ja, manchmal merkt man, dass mit einer Person etwas nicht stimmt. Dann sollte man eine Fachstelle aufsuchen.

Es gibt verschiedene Fachstellen, die solche Probleme angehen.

Es gilt aber auch die Freier zu sensibilisieren, ihnen bewusst zu machen, dass es nicht normal ist sich Sex zu kaufen, wie man sich andere Sachen kauft. Es hat nichts mit Menschenwürde zu tun. Die Frauen machen dies nicht aus Freude.

Marccone: *Sie vertreten eine christliche Partei.*

Wie sehen Sie die Rolle der Christen in solchen politischen Fragen?

Streiff: Wenn man christliche Grundprinzipien wie «liebe deine Nächsten wie dich selbst» lebt, dann kann man nicht einfach wegschauen, wenn der Nächste ausgebeutet wird. Dann müssen wir hinschauen und etwas tun.

Es ist für mich eine christliche Verpflichtung mich zu engagieren.

Ich bin schliesslich nicht auf dieser Welt damit es nur mir gut geht, sondern damit es uns allen gut geht.

Marcone: Frau Streiff, ich bedanke mich sehr für diese abschliessenden Worte, die uns die Möglichkeit geben über die Thematik vertieft weiter nachzudenken. Auch vielen Dank für die ausführlichen Antworten und das sehr interessante sowie angenehme Gespräch.

